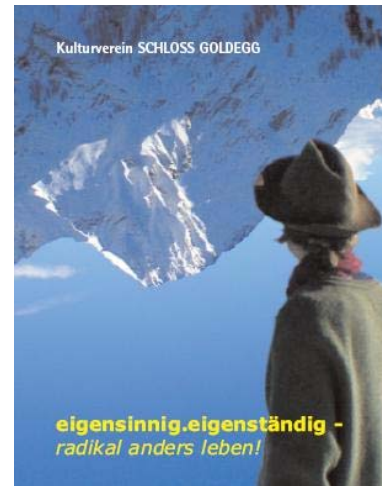


# Eigensinnig eigenständig

Goldegger Herbstgespräche  
über neue Zukunftswege

Von HANS HOLZINGER



„Obwohl wir so viel wissen, steigt das Gefühl, dass wir Verhältnissen ausgeliefert sind, die wir nicht bestimmen“ – damit brachte Gerald Häfner, als Vorstandssprecher von „Mehr Demokratie“ in Deutschland und grüner EU-Abgeordneter einer der Referenten bei den Goldegger Herbstgesprächen 2009 - die weit verbreitete Ohnmacht vieler Bürger und Bürgerinnen auf den Punkt. Die Tagung stand unter dem Motto „Eigensinnig – eigenständig – radikal anders leben“ und versammelte Menschen, die eigene Wege einschlugen, Neues versuchen und damit zu einer anderen Praxis im Bereich des Wirtschaftens, der Politik sowie des persönlichen Lebens beitragen.

## Kaspanaze Simma: Wiedergewinnung des „Genug“

Einer von ihnen ist *Kaspanaze Simma*, Pionier der biologischen Landwirtschaft und österreichischer Grüner der ersten Stunde. Er plädierte dafür, vom permanenten Gefühl des „zu wenig“ zu einer Grundhaltung des „Genug“ zu gelangen. Wichtig hierfür sei die Besinnung auf die elementaren Grundbedürfnisse wie Ernährung oder das eigene Herstellen von Gebrauchswerten, die in der herkömmlichen Ökonomie meist unterbewertet bleiben: „In mancher Küche wird mehr zum Leben beigetragen als in der Wirtschaftswelt draußen.“ Arbeitsteilung sei nur bis zu einer kritischen Grenze effizient, Befriedigung vielmehr verbunden mit der Erinnerung an autonomes Handeln, was die Mehrzahl der Tätigkeiten jedoch nicht mehr ermögliche, so der Biobauer.

Unser Wirtschaftswachstum ist für Simma vor allem ein Geldwirtschaftswachstum, das aus der Auslagerung vieler Tätigkeiten, die früher selbst verrichtet wurden, sowie aus der Finanzierung negativer Folgekosten erwachse – beides erhöhe aber nicht den Wohlstand. Auf seinen Berufsstand, die Bauern bezogen, kritisierte Simma, dass die Natur und damit die bäuerliche Arbeit immer mehr an ökonomischen Wert verloren hätten: „Hatte ein Festmeter Holz im Jahr 1952 noch einen Gegenwert von 31 Arbeitsstunden, so waren es 2004 nur mehr 2 Arbeitsstunden.“ Anders ausgedrückt: „Alles was auf Österreichs Wiesen und Äckern wächst sowie die dazugehörige Arbeit sind nur mehr für 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts verantwortlich.“

Zudem sei menschliche Arbeit, eine wichtige „Form von erneuerbarer Energie“, in der herkömmlichen Wirtschaft viel zu teuer geworden, was es etwa „unrentabel“ mache, Dinge zu reparieren. Was aber auch zur qualitativen Entwertung der Arbeit geführt habe: „Wir arbeiten alle wie wahnsinnig, ohne dabei zufrieden zu werden.“ Der Freiraum für „sinnvolles kommunikatives Tätigsein“ sei verloren gegangen. Einen wesentlichen Grund für diese Zwangsdynamik benannte Simma in der Umverteilung zunächst von Eigenarbeit (Subsistenz) hin zu Erwerbsarbeit und in der Folge von Erwerbsarbeit hin zum Kapital, das derzeit die großen Gewinne mache. In einer besseren Balance zwischen Geld- und Eigenwirtschaft sowie einer erneuten Aufwertung regionaler Wirtschaftskreisläufe sah er Auswege aus diesem Dilemma.

### **Gerald Häfner: Arbeit als „Für einander Tätigsein“**

Der eingangs bereits zitierte deutsche EU-Abgeordneter der Grünen Gerald Häfner verwies ebenfalls auf den Wandel des Arbeitsbegriffes im Zuge der Geldwirtschaft. Arbeit sei heute völlig vom „Geld ergriffen“, doch die Vorstellung, dass wir für Geld arbeiten, führe in die Irre und verkürze den Sinn von Arbeit. Realität menschlichen Wirtschaftens sei das „Für-einander-Tätigsein“, Arbeiten bedeute, seine Kräfte einzusetzen zum Nutzen anderer, Wert für andere zu erzeugen. In allen unseren Gegenständen und Dienstleistungen stecke Arbeit anderer. Arbeit sei daher – zugespitzt formuliert – „tätige Liebe“.

Die gegenwärtigen Wirtschaftsregeln erzeugten aber einen doppelten Widerspruch: „Jene die Arbeit haben, werden bis zur Neige ausgepresst, Arbeitslose dürfen gar nichts tun.“ Da der produzierte Mehrwert in der hochgradig arbeitsteiligen, auf Wissen basierten Wirtschaft nicht mehr den Leistungen einzelner zuzuordnen, das erhaltene Einkommen daher nicht mehr das Äquivalent der jeweiligen Leistung sei, wäre es sinnvoller, so Häfner, „den Knoten zwischen Arbeit und Einkommen zu durchtrennen.“ Jeder Mensch wolle im Grunde für andere da sein, die gegenwärtigen Wirtschaftsregeln würden dies jedoch erschweren. Es liege an uns, diese Verhältnisse zu ändern. „Die Zukunft ist in unsere Hände gelegt“, meinte der Experte für direkte Demokratie, und stellte die anregende Frage: „Wie wäre die Welt, wenn wir nur mehr das täten, von dem wir überzeugt sind?“ Ein Grundeinkommen für alle würde in diesem Sinne einen ganz neuen Blick auf Tätigsein und wohl auch eine andere Welt ermöglichen.

### **Enno Schmidt und Daniel Häni: Grundeinkommen für ein anderes Tätigsein**

„Was würden Sie arbeiten, wenn für ihr Einkommen gesorgt wäre.“ Mit diesem Slogan wirbt die Schweizer Initiative „Grundeinkommen“, die demnächst eine Volksabstimmung lancieren möchte. Zwei Vertreter der Gruppe, *Enno Schmidt* und *Daniel Häni* – sie haben einen informativen Film zum Thema gestaltet (anzusehen unter [www.initiative-grundeinkommen.ch](http://www.initiative-grundeinkommen.ch)) – waren zu Gast bei den Herbstdialogen. Das Grundeinkommen ist für die beiden eine logische Folge der immer höheren Produktivität unserer Wirtschaft: „Weil wir gut sind, müssen wir immer weniger dort arbeiten, wo Arbeit früher nötig war.“ Finanziert würde das Grundeinkommen aus Konsumsteuern – einer erhöhten Mehrwertsteuer, so die vom DM-Gründer Götz Werner aufgegriffene Idee. Die Folgen für die Wirtschaft wären zweierlei: „Zum einen müssen Unternehmen überlegen, wie sie Arbeit attraktiv machen. Zum anderen wird Arbeit im Dienstleistungsbetrieb – sie ist am wenigsten rationalisierbar – billiger.“ Bedingt durch das Grundein-

kommen könnten die Löhne bzw. Lohnnebenkosten sinken. Die Befürchtung, dass die Menschen mit einem Grundeinkommen nichts mehr arbeiten würden, entkräfteten Schmidt und Häni mit einer Umfrage aus der Schweiz: „80 Prozent würden weiterarbeiten wie bisher, nur besser, teilweise weniger. Und nur 20 Prozent der Befragten würden ihre Arbeit niederlegen.“ Viele darunter wären aber Alleinerziehende, die zu Hause bei den Kindern blieben, wie ein erster Feldversuch in den USA gezeigt habe. Diese versuchsweise Einführung des Grundeinkommens habe übrigens zur massiven Erhöhung der Scheidungsrate geführt: „Frauen waren nicht mehr abhängig von ihren erwerbstätigen Männern und wagten den Schritt in die Freiheit“, so die Interpretation des Künstlers Enno Schmidt, der aber auch Vorteile für Männer festmacht: „Sie müssten nicht immer und um jeden Preis hinaus in die Welt auf Jagd gehen.“ Auch die Demokratie sieht er als Gewinner eines Grundeinkommens: „Erst dann ist für alle Zeit, sich politisch zu engagieren.“

### **Robert Musil, Otmar Donnerberg: Regionale Wertschöpfung durch regionales Geld?**

Ein weiterer Weg, Autonomieräume (wieder) auszuweiten, wird in Regionalwährungen gesehen. An die 70 Projekte gibt es mittlerweile allein im deutschsprachigen Raum. Der Geograf *Robert Musil* sprach von einem „Teufelskreis“ in entwicklungsschwachen Regionen: wirtschaftliche Stagnation führe zu steigender Arbeitslosigkeit und in der Folge zu selektiver Abwanderung („die Besser Qualifizierten gehen als Erste“). Dem Geld komme dabei eine beschleunigende Wirkung zu: „Geld wandert schneller ab als Menschen“, Neuinvestitionen bleiben aus. *Otmar Donnerberg*, Organisationsberater und seit mehreren Jahren in der Regionalgeldbewegung engagiert, sieht in regionalen Währungen insbesondere ein Instrument, das den KonsumentInnen in die Hand gegeben wird: „Wir verpflichten einander, dass ein Mindestumsatz in der Region bleibt.“ Regionalgeld fördere das Bewusstsein, „was das Geld mit uns macht“. Regionale Wirtschaftskreisläufe würden wieder durchschaubar, insbesondere Lebensmittel und die meisten der benötigten Dienstleistungen ließen sich aus der Region beziehen, was den Zusammenhalt stärke und Wirtschaften wieder eine elementarere Bedeutung verleihe.

### **Doris Spielbüchler: Unabhängiger von internationalem Finanzkapital**

Dass alternative Währungen auch unabhängiger von Finanzmärkten und Konjunkturerinbrüchen machen können, betonte *Veronika Spielbüchler*, Leiterin des Guggenberger Instituts in Wörgl, wo in den 1930-Jahren ein erfolgreiches Freigeld-Experiment durchgeführt worden war. Die Schweizerische WIR-Bank, ein Zusammenschluss von 60.000 Betrieben mit einem Jahresumsatz von 3,2 Mrd. Schweizer Franken, basiere auf gegenseitigen Tauschgeschäften („Barter“) unabhängig von Bankengeld, so ein Beispiel der Expertin. Möglich wären auch regionale Steuern, die gezielt für regionale Investitionen verwendet werden, meinte Spielbüchler. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Regionalgeldinitiativen auch in Österreich noch mehr zu verbreiten. Derzeit wird eine Petition ans Parlament eingeleitet, die den Gesetzgeber auffordert, Komplementärwährungen im Wirtschafts- und Steuerrecht zu berücksichtigen.

## Christian Felber: Demokratische Banken

Einen Schritt weiter ging der Wirtschaftspublizist und Universitätslektor *Christian Felber*, der zur Gründung „demokratischer Banken“ aufrief. Die heutigen Banken hätten sich von ihrer Aufgabe, nämlich der Realwirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen, immer mehr entfernt und sich riskanten Spekulationsgeschäften zugewendet. Demokratische Banken würden an die Ursprungsidee der Raiffeisen-Genossenschaftsbanken anschließen und wieder in der Region für die Region tätig sein. „5000 Personen, die 1000 Euro einbringen, genügen um eine Genossenschaftsbank zu gründen“, rechnete Felber vor. Als alternativen Weg nannte der Autor – zuletzt erschienen ist das Buch „Kooperation statt Konkurrenz“ - eine Überführung der Postsparkassen in Genossenschaftsbanken, da hier bereits auf bestehende Infrastrukturen zurückgegriffen werden könnte.

## Klaus Woltron: Den Kapitalismus zähmen - „Dynamische Unterlegenheit der Demokratie“

„Der Kapitalismus hat Vorzüge, doch allzu viel Kapitalismus ist ungesund“, damit brachte der Unternehmer und Berater Klaus Woltron sein Unbehagen an der gegenwärtigen Situation auf den Punkt. Er warnte vor einer radikalen Zuspitzung der Krise: Der Finanzkrise folge die ökologische Krise, die in die soziale Krise führe. Überdies sei die Gefahr neuer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen um Ressourcen im 21. Jahrhundert nicht auszuschließen. Auch Woltron kritisierte das Destruktive des Finanzsystem: „Der Zinsdruck erzeugt einen dem Kapitalismus inhärenten Teufelskreis, der nichts mit dem Bedürfnis nach Gütern zu tun hat.“ Spekulation habe es seit langem gegeben, „doch das Ausmaß wurde immer größer“, was zur größten Wirtschaftskrise seit den 1930-Jahren geführt habe.

Für den Unternehmer, der das System von innen kennt, ist die Frage, wer die Zukunft gestaltet, nur gemeinsam mit der Frage nach der Macht zu beantworten: „Jene die gewinnen, wissen, das andere verlieren. Mächtig sind sie, weil sie so viel Geld haben.“ Die Vorstände würden den Druck der Aktionäre auf die Belegschaften weitergeben. Die Industrie wehre sich gegen ein Ökostromgesetz, „weil sie nichts davon hat.“ Die sinnvolle Ökosteuer werde „aufgrund von Druck der Wirtschaftslobbys nicht umgesetzt“, so weitere Beispiele des Beraters. Der Politik fehlten fachliche Führungspersonlichkeiten sowie eine „professionelle Herangehensweise“. Überdies würden politische Entscheidungen immer jenen in der Wirtschaft hinterherhinken, was eine „dynamische Unterlegenheit der Demokratie“ erzeuge.

Woltron verfiel dennoch nicht in Pessimismus. Für ihn ist es unrealistisch, ein völlig neues Wirtschaftssystem zu schaffen, vielmehr gehe es darum, das bestehende System zu stabilisieren, allein weil die Zeit nicht reiche, etwas ganz anderes zu kreieren. „Das oberste Gut ist, was dem Leben nachhaltig nützt“, so seine Maxime. Nötig sei hierfür als erstes der „Mut zur Wahrheit“: „Es wird nie wieder, wie es war.“

Eine „Perestroika des Kapitalismus“ – so der Titel des letzten Buches von Woltron – erfordere sechs Schritte:

1. Dematerialisierung der Wirtschaft
2. Subsidiarität: Alles so dezentral wie sinnvoll möglich angehen

3. Sanktionsfähige Umwelt- und Sozialregeln (am besten global)
4. Volatilität des Kapitals reduzieren
5. CO2/Ressourcenkosten in die Wirtschaft internalisieren, damit Entwicklungshilfe für Selbständigkeit finanzieren
6. Weltweite Ressourcenverbrauch steuern

Möglich sei der Wandel durch das Zusammenwirken dreier Faktoren: 1) Eine aktive Zivilgesellschaft, die Missstände aufzeigt und den Wandel einfordert. 2) Fachliche Konzepte für die Umsteuerung. Und schließlich 3) eine Veränderung des Wirtschaftssystems „von innen“. „Junge Leute in Unternehmen sehen sehr wohl, dass etwas schief läuft – auf sie sollten wir hoffen“, so Woltron.

## Energieautarkie – ein Weg aus der Abhängigkeit von Ölkonzernen

Der dritte Tag war dem Thema „Energieautarkie“ gewidmet. Peter Vadasz referierte über die Modellstadt „Energieautarkes Güssing“, Raimund Holzer über den Plan der niederösterreichischen Kleinstadt Scheibbs, sich energieautark zu machen. Das Vorzeigeprojekt der „Schönauer Stromrebell“ wurde über einen Filmbericht dargestellt. Die Begrenztheit fossiler Ressourcen, der Klimawandel sowie die Abhängigkeit von krisenbelasteten externen Energielieferanten kennzeichnen das derzeitige Energiesystem als nicht nachhaltig. „Energieautarke Gemeinden bzw. Regionen“ sind die konsequente Antwort auf diese Krise. Den eigenen Energieverbrauch zur Gänze aus regionalen, erneuerbaren Energiequellen abzudecken, die CO<sub>2</sub>-Emissionen damit auf Null zu reduzieren, und zugleich unabhängig von Energieimporten zu werden, ist das Ziel. Immer mehr Regionen bzw. Gemeinden verschreiben sich dieser Herausforderung. Als mittlerweile international bekannter und herumgereicher Vorreiter im Bereich „Energieautarkie“ gilt die burgenländische Gemeinde Güssing, die bereits in den 1990er-Jahren den Beschluss gefasst hat, sich unabhängig von fossilen Energiequellen zu machen.

### Peter Vadasz: Energieautarkes Güssing

Peter Vadasz, seit 1992 Bürgermeister von Güssing und seit 1996 Präsident des im Ort gegründeten Europäischen Zentrums für erneuerbare Energie, hat kürzlich bei den Goldegger Herbstgesprächen zum Thema "Eigensinnig - eigenständig" geschildert, wie die Gemeinde das ehrgeizige Ziel erreichen will und was bisher schon umgesetzt wurde. Begonnen wurde mit einer Befragung der Haushalte über ihr Heizverhalten. "Das ernüchternde Ergebnis war, dass im Befragungsjahr 6,2 Mio. Euro in der 4300-Einwohner-Kleinstadt für Heizkosten ausgegeben wurden - der Großteil davon ging an ausländische Ölkonzerne", so der Bürgermeister. Die Güssinger stellten sich daher die Frage: "Was haben wir selbst?" 43 Prozent der Gemeindefläche von Güssing ist mit Wald bedeckt - eine Ressource, die genutzt werden sollte, so Vadasz. Es wurde ein Biomasse-Heizwerk mit einer 35-Kilometer langen Fernwärmetrasse errichtet, "das heute 98 Prozent der Wärme für Haushalte und Betriebe liefert." Man gab sich damit aber nicht zufrieden. Im Jahr 2000 wurde ein Biomassekraftwerk eröffnet, das Gas aus Holz erzeugt und nach dem weltweit führenden Verfahren der Wirbelschichtdampfvergasung von Professor Hermann Hofbauer (TU Wien) arbeitet. Der Gasmotor des Kraftwerks erzeugt dann

Strom "mit einem Effizienzgrad (Wärme und Strom) von 85 Prozent, ein Quantensprung gegenüber herkömmlichen Kraftwerken, die oft nur 25- 30 Prozent Strom erzeugen und die Wärme ungenutzt lassen", berichtete Vadasz. "Derzeit produziert Güssing 150 Prozent des Stromes, den eine 4300 Einwohner-Stadt braucht", so der Bürgermeister.

Groß geschrieben wird in Güssing Forschung: ein 2002 gegründetes Technologiezentrum beschäftigt mittlerweile 100 qualifizierte Mitarbeiter und zieht einschlägige Unternehmen an. So werden in Güssing heute etwa Photovoltaikanlagen produziert. Geforscht wird auch am so genannten Adsorber-Verfahren, das mit Sonnenenergie Kühlung erzeugt, was gerade in heißen Regionen die Kosten für Klimaanlage entscheidend reduziert. "In Güssing haben sich in nur 10 Jahren 50 neue Betriebe angesiedelt. mehr als 1100 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen und der Umsatz der in Güssing produzierten Energie beträgt mittlerweile 13 Mio. Euro im Jahr", so die stolze Bilanz des Bürgermeisters.

### Internationales Vorzeigemodell

Wo sieht der Energiepionier Hürden? Am meisten Schwierigkeiten hätten ihm die großen Energiemonopole bereitet, und auch die Skepsis mancher Politiker, die das Experiment anfangs nur belächelt hätten. Entscheidend geholfen haben die Förderungen aus der EU - das Burgenland war nach dem EU-Beitritt Österreichs 1996 zum Ziel-1 Gebiet erklärt worden -, welche Ko-Finanzierungen von Bund und Ländern nach sich zogen. Die Konsequenz, mit der sie den eigenständigen Weg gegangen seien, habe sich jedoch gelohnt, so der Bürgermeister, denn in Güssing werden inzwischen Wärme, Strom, synthetisches Erdgas und (in kleinen Mengen) Diesel und Benzin aus Holz gewonnen. Mittlerweile kommen Interessierte aus aller Welt nach Güssing, um sich über das Modell der energieautarken Stadt zu informieren. Der so entstandene "Ökotourismus" zieht pro Woche 600 bis 1000 Besucher an, die im errichteten Ökohotel bewirtet werden. Das Argument, dass erneuerbare Energien zu kostspielig seien und nur durch Förderungen "überleben" könnten, lässt Vadasz nicht gelten: Auch Gasnetze wurden öffentlich finanziert, und es sei "eigentlich Wahnsinn, Erdgas über tausende Kilometer heranzuführen, um unsere Häuser und Wohnungen zu heizen, während bei uns jährlich tausende Tonnen Biomasse verrotten." Überdies seien Millionen in die Wasserkraft investiert worden - nun gelte es innovative, neue Energieträger massiv auszubauen.

#### Kasten: Energieautarkes Güssing

- In der Stadt Güssing wird so viel Treibstoff produziert, wie die Stadt braucht (~ 1.500.000 l pro Jahr)
- Es wird mehr Wärme produziert als die Stadt braucht (57,5 GWh pro Jahr) und auch mehr Strom (14 GWh pro Jahr)
- in der Stadt Güssing mehr Strom produziert wird als die Stadt braucht)?
- der Bezirk Güssing zu rund 40% bewaldet ist?
- Der Bezirk Güssing ist zu über 40 Prozent bewaldet. Pro Jahr wachsen 105.000 t Holz nach. Lediglich ein Fünftel wird für die Strom- und Wärmeversorgung der Stadt aufgewendet.

Eine wichtige Rolle sieht Vadasz bei den Bürgermeister\*innen, die die Bevölkerung von einem neuen Energiepfad überzeugen können. Es gehe nicht um hundert Prozent Autarkie und es könne nicht ganz Österreich zu Güssing werden, doch seine Stadt sei ein "Versuchslabor", aus dem sich jede Region bzw. Stadt das herausuchen könne, was für sie passt. "Wir wollten weg vom Gängelband fremder Energiekonzerne", so Vadasz. Er ist überzeugt, dass Gemeinden als Energieanbieter eine selbstbewusste, neue Rolle in der Region einnehmen und so zum Motor für Innovation werden können. "Politiker, die heute noch glauben, man könne Österreichs Energiebedarf dadurch sichern, dass man im Ausland Erdgasleitungen baut, sind auf dem falschen Weg", so Vadasz abschließend.

### **Raimund Holzer: Mit dem Energieplan zur Energieautarkie – Gemeinde Scheibbs**

Energieautarkie hat sich auch Scheibbs im niederösterreichischen Mostviertel als Ziel gesetzt. Bis 2035 soll die 4.500 Einwohner zählende Kleinstadt ihren Energieverbrauch zur Gänze aus regionaler Herkunft beziehen, so ist es zumindest das Ziel von Umweltstadtrat Raimund Holzer. Er vertraue lieber konkreten Zahlen als vagen Zukunftsvisionen, so begründete Holzer bei den „Herbstgesprächen“ die Entscheidung seiner Gemeinde, einen detaillierten „Energieplan“ auszuarbeiten. Mit Unterstützung der Fachhochschule Wiener Neustadt, Campus Wieselburg, wurde der gegenwärtige Energieverbrauch der Haushalte, Landwirtschaften, Betriebe und öffentlichen Einrichtungen aufgeschlüsselt nach Energieträgern erhoben. Zugleich wurden die gemeindeeigenen Potenziale an erneuerbaren Energiequellen sowie für Einsparungen durch Effizienzsteigerungen ausgelotet. „Die Erhebungen haben nicht nur gezeigt, wo derzeit wie viel Energie verbraucht wird, sondern auch intensive Gespräche in der Bevölkerung über Einsparmöglichkeiten ausgelöst“, so Holzer. Die Untersuchung habe daher auch zur Bewusstseinsbildung beigetragen.

Wie sieht nun die Energiebilanz von Scheibbs aus? „Über 55 Prozent des Energieverbrauchs entfallen auf die Bereitstellung von Wärme, auf Mobilität kommen 25 Prozent, auf Strom knapp 20 Prozent“, schildert der Stadtrat. Im Bereich Wärmedämmung seien daher auch die größten Einsparpotenziale festgestellt worden. „Der Großteil der Gebäude ist noch nicht thermisch saniert, um das Ziel Energieautarkie zu erreichen, brauchen wir bis 2035 jedoch Passivhausstandard für alle Gebäude“, so Holzer. Einsparungen sind auch möglich durch den Einsatz energieeffizienter Geräte, der angepeilte Strombedarf wird 2035 jedoch jenem von heute entsprechen. „Der Grund liegt darin, dass im Zukunftsszenario auch die gesamte Mobilität auf E-Fahrzeuge umgestellt sein wird“, so Holzer, was bei ausgereifter Technologie aber bedeutende Einsparungen bringen wird. „Schon heute übersteigt die Energieeffizienz des Elektroautos jene des fossil betriebenen um mehr als das Fünffache. Das Elektroauto braucht 14 kWh/100 Kilometer, der Benzinfräser kommt auf 80 kWh“, rechnet der Stadtrat vor.

### **Optimaler Energiemix für jede Region**

Wo soll die Energie im energieautarken Scheibbs herkommen? „Die Analysen haben uns gezeigt, dass nicht jede alternative Energieform für jede Region brauchbar ist“, berichtete Holzer. So sei Windenergie für Scheibbs nicht rentabel und die Möglichkeiten von Biogas bleiben beschränkt – gerechnet wird mit maximal 1 Mio. kWh im Jahr. Größer sind die Potenziale bei Biomasse: „60 Prozent des verfügbaren Energieholzes sind derzeit ungenutzt, diese Reserven sollen zukünftig in dezentralen Blockheizkraftwerken nicht nur Wärme, sondern auch 4,5 Mio.

KWh Strom liefern“, so Holzer, der auch auf Solarenergie setzt. Das Photovoltaik-Programm „Scheibbser Dächer“ ist im Endausbau mit 8 Mio. KWh veranschlagt. Einen wichtigen Beitrag zur künftigen Stromversorgung wird die lokale Wasserkraft liefern: „Scheibbs war einer der ersten Orte in der K. u. k. Monarchie, der über ein eigenes Kraftwerk und damit über Strom verfügte“, berichtete Holzer. Derzeit gebe es fünf Kleinwasserkraftwerke, das Potenzial lasse sich jedoch vervierfachen. Eines der Kraftwerke wird derzeit von privaten Betreibern mit einem Kostenaufwand von knapp 5 Mio. Euro modernisiert, weitere sollen folgen. Das Ziel liegt darin, den optimalen regionalen Energiemix zu finden. Der Stadtrat will Energieautarkie jedoch nicht als Kirchturmdenken missverstanden sehen. Es mache durchaus Sinn, wenn Gemeinden kooperieren und sich zu energieautarken Regionen zusammenschließen.

### **Ursula Sladek: Die „Stromrebell“ von Schönau**

Vorbild für Holzer ist die kleine Gemeinde Schönau im Schwarzwald, in der Mitte der 1990er-Jahre BürgerInnen die Stromversorgung in Eigenregie übernommen haben. „Auslöser war die Atomkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986“, so Ursula Sladek, damals Mitbegründerin einer Bürgerinitiative gegen Atomstrom in dem bei den Herbstgesprächen gezeigten Film „Schönauer Stromrebell“. „Wir wollten weg vom Strom des Atomkraftwerksbetreibers und haben das Stromnetz freigekauft“, berichtet die nunmehrige Geschäftsführerin der Schönauer Stromversorger-Genossenschaft. Nach zwei erfolgreichen Bürgerentscheiden wurde 1997 das Stromnetz vom zentralen Energieversorger erstanden. Ursula Sladek und ihr Mann, der 1995 einen ersten Beschluss im Schönauer Gemeinderat für die Energieautarkie erwirkt hatte, setzen auf dezentrale Energielösungen: „Der Kampf gegen Atomenergie ist auch ein Kampf gegen Großmonopolisten.“ Strom wird nun erzeugt in vielen dezentralen Wasser- und Blockheizkraftanlagen sowie aus Solarenergie. So zieren viele Schönauer Dächer Photovoltaikanlagen, darunter jene der Schule und der Kirche. Der Pfarrer Peter Hasenbrink spricht im Film vom „Schönauer Schöpfungsfenster“, das vom Kirchendach die Energie der Sonne einsammelt. Großen Aufschwung hat freilich das deutsche Erneuerbare Energien Gesetz gegeben, das hohe Einspeisetarife garantiert – derzeit 40 Cent pro KWh Solarstrom gegenüber sechs bis sieben Cent für herkömmlichen Strom. Die 10 Jahre erfolgreichen Betriebs der Energiegenossenschaft zeigen, dass die Schönauer Stromversorger „wirtschaftlich, wettbewerbsfähig und ökologisch“ sind, so Ursula Sladek.

### **Von der Bürgerinitiative zum gefragten Ökostrom-Anbieter**

Die Liberalisierung des Strommarktes ermöglichte den Elektrizitätswerken Schönau über das eigene Netzgebiet hinaus tätig zu werden: Die Stromanbieter aus Schönau haben mittlerweile Kunden aus ganz Deutschland gewonnen, darunter etwa den Klimaforscher Helmut Graßl. Mit den Einnahmen aus dem Ökostrom werden neue Anlagen im gesamten Bundesgebiet gefördert. So gibt es mittlerweile über 1500 „Rebellkraftwerke in Bürgerhand“, berichtet Ursula Sladek stolz. Ihr Projekt entwickelte sich von einer Bürgerinitiative zu einem der größten Ökostromanbieter Deutschlands. Die Ziele sind jedoch gleich geblieben: „Abschaffen aller Atomkraftwerke, Umstellen auf erneuerbare Energieträger und schließlich Energiegerechtigkeit, was neue dezentrale Technologien auch für die Länder des Südens erfordert.“

„Energie in Bürgerhand“ – das zeigen die Stromrebelln von Schönau – führt zu einem bewussten Umgang mit Energie und erzeugt ein Gefühl von Macht über die eigenen Lebensverhältnisse. Der Strom, der aus der Steckdose kommt, wird so zu einem „Lebensmittel“, das man sich selber erzeugt. Darin liegt die soziale Kraft solcher neuer Energieprojekte.

#### Heini Staudinger „Mut, dem inneren Gefängnis zu entfliehen“

Die Goldegger Herbstgespräche waren eine gelungene Mischung aus Information und Inspiration. Nur das Wissen über die Probleme der Welt ist zu wenig, ja – dieses allein kann sogar lähmen. Es geht um das Tun, am besten gemeinsam mit anderen, und die Freude daran. *Heini Staudinger*, der 1994 die „Waldviertler Schuhwerkstatt“ sowie eine Möbelwerkstätte in Schrems als selbstverwalteten Betrieb gegründet, meinte im Bericht über seine persönliche Motivation, sich zu engagieren: „Nur der Mut, dem inneren Gefängnis zu entfliehen und der Sehnsucht nach dem Anderen in uns nachzugehen“ würde uns erlauben, neue Wege zu gehen. „Wenn wir uns nicht bewegen, bleibt alles wie es ist“, so der Alternativunternehmer, der mit GEA einen erfolgreichen ökologischen Schuh- und Möbelvertrieb in Österreich aufgebaut hat und zudem die Zeitschrift „Brennstoff“ herausgibt. Es sei immer mehr möglich als wir glauben. Veränderung passiere, wenn viele an vielen Orten anderes tun. In diesem Sinne dürfen wir uns freuen auf eine neue Gründerzeit! Die Goldegger Herbstgespräche waren eine motivierende Brise Hoffnung darauf!

Alle Vorträge sind als CD zu bestellen unter [www.schlossgoldegg.at](http://www.schlossgoldegg.at)



Mag. Hans Holzinger, Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen,  
Tel. 0662.873206, [h.holzinger@salzburg.at](mailto:h.holzinger@salzburg.at), [www.jungk-bibliothek.at](http://www.jungk-bibliothek.at)